

Afghanistan im Überblick

zusammengestellt von Theodor Rathgeber

Frieden – Drohung oder Hoffnung?

Die Taliban intensivieren ihre Angriffe und Anschläge. Sie kontrollieren heute mehr Territorium als jemals zuvor nach 2001. Kabul, die Hauptstadt, ist mittlerweile so unsicher geworden, dass US-Truppen sich nicht mehr auf die Straßen wagen, sondern nur noch per Helikopter bewegen. Hinzu kommt die ebenfalls zunehmende Bedrohung durch den Islamischen Staat. Am 18. Oktober verübten die Taliban ein tödliches Attentat gegen den Polizeichef der Provinz Kandahar, General Abdul Raziq. Ein TV-Kameramann kam ebenso ums Leben, der Gouverneur der Provinz wurde schwer verletzt. Der Chef der US-Streitkräfte im Land entging dem Anschlag nur knapp. Die Symbolik war offensichtlich: Auch ranghohe Repräsentanten des Staates sind selbst in einem extrem gesicherten Bereich nicht mehr sicher. Im Vorfeld der Wahlen am 20. Oktober hatten Taliban-Gruppen zehn Kandidaten getötet, am Wahltag starteten sie 407 Angriffe, darunter Selbstmordattentate in der Nähe des Wahlzentrums in Kabul mit mindestens 15 Toten. Selbst wenn diese Attentate, Angriffe und Feindseligkeiten im Vorfeld zu den Parlamentswahlen vom 20. Oktober zu bewerten sind, verdeutlichen sie die allgemeine Unsicherheit und Instabilität im gesamten Land. Parallel dazu führt der neue US-Gesandte für Afghanistan, Zalmay Khalilzad, eine Delegation an, die vermutlich mit einer Taliban-Delegation in Katar über ein Ende des bewaffneten Konflikts verhandelt. In der Terminologie der Taliban handelt es sich um die „Beendigung der Besatzung“. Beide Seiten sprechen von Bemühungen um eine friedliche Lösung. Es wird kaum jemanden geben, der den geschundenen Leuten und dem Land keinen Frieden gönnt. Nur, was würde das bedeuten? Die Machtübergabe an die Taliban wird all jene bedrohen, die sich unbeschadet korrupter Regierungen um so etwas wie eine Zivilgesellschaft abseits von Clan- und Warlord-Strukturen bemüht haben. Zu welchen Bedingungen wird Frieden ins Land kommen, wenn die USA die afghanische Regierung über die Gespräche mit den Taliban zunächst nicht, dann zu spät und nur unvollständig informieren? Die politische Situation in Afghanistan ist äußerst komplex, ohne Frage. Friedensgespräche unter den vorgenannten Akteuren werden so aber eher zur Drohung. Angefangen bei SÜDASIEN selbst müssen also mehr Informationen über diejenigen verbreitet werden, die Tag für Tag in einem militarisierten Umfeld um friedliche Streitschlichtung und

demokratische Entscheidungsfindung bemüht sind. Nur so lassen sich Alternativen begründet darstellen und Frieden so projizieren, dass auch das gemeint ist, was das traditionelle Verständnis des Begriffs hergibt.

Parlamentswahlen im Oktober

Die Parlamentswahl in Afghanistan war auf den 20. Oktober festgesetzt. Die Wahl erfolgte drei Jahre später als ursprünglich vorgesehen. Gewählt werden sollte das Unterhaus des afghanischen Zweikammer-Parlaments, die sogenannte *Wolesi Dschirga*. Aufgrund technischer Probleme in einzelnen Wahllokalen verlängerte die Unabhängige Wahlkommission den Zeitraum bis zum Folgetag, den 21. Oktober. Durch das erwähnte Attentat in der Provinz Kandahar wurde die Wahl dort um eine Woche verschoben sowie in der Provinz Ghazni. In beiden Provinzen fanden die Wahlen am 27. Oktober statt. Zur Wahl berechtigt waren Afghan(inn)en, die mindestens 18 Jahre alt waren und sich für die Wahl registriert hatten. Nach Angaben der Wahlkommission registrierten sich insgesamt knapp neun Millionen Personen, davon rund drei Millionen Frauen und 5,7 Millionen Männer. Dies entsprach etwa drei Vierteln der auf 12 Millionen geschätzten Wahlberechtigten. Erste Schätzungen nach der Wahl sprachen von drei bis vier Millionen Wähler/-innen, die das Risiko eingegangen waren, zur Wahl zu gehen. Beobachter vor Ort werteten dies angesichts der Umstände als relativ hohe Beteiligung. Erste Ergebnisse der Wahl waren für den 20. November erwartet worden. Allerdings zog sich die Auszählung hin und erst am 2. Dezember veröffentlichte die unabhängige Wahlkommission (*Independent Election Commission; IEC*) erste und nur vorläufige Ergebnisse aus den Provinzen Kunar, Samangan, Sar-i-Pul, Nuristan und Maidan Wardak. Veröffentlicht wurden die Namen aller Kandidaten mit der Gesamtzahl der auf sie entfallenen Stimmen. Zum 6. Dezember waren weitere 16 Provinzen (von insgesamt 34) insoweit ausgezählt, dass vorläufige Resultate veröffentlicht wurden. Hingegen hat die unabhängige Wahlkommission am selben Tag die Wahl in der Provinz Kabul aus vielfachen Gründen, unter anderem massive Wahlfälschungen, die Wahl dort für ungültig erklärt. Interviews mit Wähler(inne)n in unterschiedlichen Medien offenbarten das gleichwohl große Interesse, das den Wahlen und dem Aufbau eines demokratischen Staates beigemessen wurde.